

Dringende Bedarfe LBK
- Untere Bauaufsichtsbehörde
- Untere Denkmalschutzbehörde
Personal- und Sachmittelbedarf

Das Planungsreferat fit für die Zukunft machen (Gliederungspunkt 1)
**Antrag Nr. 20-26 / A 03374 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa
Liste vom 23.11.2022**

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 07747

**Hinweis /
Ergänzung
vom 29.11.2022**

**Anlage:
4. Antrag Nr. 20-26 / A 03374**

**Hinweis / Ergänzung zum
Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 07.12.2022 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Ergänzung zum Vortrag der Referentin

Das Planungsreferat fit für die Zukunft machen (Gliederungspunkt 1)
**Antrag Nr. 20-26 / A 03374 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa
Liste vom 23.11.2022, eingegangen am 23.11.2022**

Die SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste haben am 23.11.2022 den Stadtratsantrag, Nr. 20-26 / A 03374 (Anlage 4) gestellt. Darin wird das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, dem Stadtrat für das kommende Jahr eine Planung vorzulegen, wie wesentliche Aufgaben des Referates für die kommenden Jahre gesichert werden können.

Dazu gehört:

- eine Sicherung des Personalstands der Lokalbaukommission mit dem Ziel einer zügigen Bearbeitung von Bauanträgen sowie einer verbesserten Beratung von Bauantragstellenden
- eine Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten des sektoralen Bebauungsplans mit dem Ziel, mehr geförderte Wohnungen für München zu sichern
- eine schnellere Bearbeitung aller Notwendigkeiten innerhalb des Schulbauprogramms der LH München sowie aller notwendigen Planungen insbesondere für die notwendige soziale Infrastruktur auf städtischen Flächen
- sowie aller planerischen Aufgaben in der Sanierung insbesondere der Bestände der städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Die Gliederungspunkte zwei, drei und vier des Stadtratsantrags werden in der Beschlussvorlage „Ergänzungsbeschluss zum Eckdatenbeschluss 2022“ für den Haushalt 2023 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung behandelt.

Bezüglich des Gliederungspunktes eins des Stadtratsantrags wird auf den Punkt 2 des Referentinnenvortrags in der Sitzungsvorlage verwiesen.

Dem Antrag Nr. 20-26 / A 03374 der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 23.11.2022 wird in Bezug auf den Gliederungspunktes eins mit dieser Beschlussvorlage entsprochen.

Aufgrund der vorstehenden Ausführungen ändert sich der Antrag der Referentin wie aus nachstehender Ziffer II. ersichtlich.

Die Änderungen im Antrag der Referentin sind im **Fettdruck** dargestellt.

II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes

1. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die erforderlichen dauerhaften Haushaltsmittel für zusätzliche Stellen im Jahr 2023 i.H.v. 981.180 € und ab dem Jahr 2024 i.H. v. 1.041.650 € und für die Arbeitsplatzerausstattung einmalig Mittel i.H.v. 23.000 € in 2023 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung bei der Stadtkämmerei und dem Personal- und Organisationsreferat (Personal) anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung mit Beamten/-innen zusätzlich zu den Personalauszahlungen noch ein Aufwand für Pensions- und Beihilferückstellungen in Höhe von etwa 88.328 € (40% des JMB) jährlich.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die befristet erforderlichen dauerhaften Haushaltsmittel in den Jahren 2023 und 2024 i.H.v. jeweils 65.000 € und in den Jahren 2025 und 2026 i.H.v. jeweils 40.000 € im Rahmen der jeweiligen Haushaltsplanaufstellung anzumelden.

Das Produktkostenbudget beim Produkt 38521100 Bauaufsicht erhöht sich für das Jahr 2023 einmalig um 775.810 €, davon sind 775.810 €, zahlungswirksam. Ab dem Jahr 2024 erhöht es sich dauerhaft um 820.080 €, davon sind 820.080 € zahlungswirksam.

Das Produktkostenbudget beim Produkt 38523100 Denkmalschutz erhöht sich für das Jahr 2023 einmalig um 210.190 €, davon sind 210.190 € zahlungswirksam. Für das Jahr 2024 erhöht es sich einmalig um 206.190 €, davon sind 206.190 € zahlungswirksam. Für die Jahre 2025 bis 2026 erhöht es sich jeweils um 181.190 €, davon sind 181.190 €, zahlungswirksam. Ab dem Jahr 2027 erhöht es sich dauerhaft um 141.190 €, davon sind 141.190 € zahlungswirksam.

Das Produktkostenbudget beim Produkt 3851100 Stadtentwicklung erhöht sich für das Jahr 2023 einmalig um 93.180 €, davon sind 93.180 € zahlungswirksam. Ab dem Jahr 2024 erhöht es sich dauerhaft um 91.180 €, davon sind 91.180 € zahlungswirksam.

2. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Entfristung von 2 VZÄ und die Einrichtung von 11,5 zusätzlichen Stellen - VZÄ und deren Besetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
3. Durch die beantragten Stellen im Umfang von 8,5 VZÄ in Abteilung IV/1-4, von 2 VZÄ in Abteilung IV/6 und 1 VZÄ in Abteilung I/5 entsteht ein zusätzlicher Flächenbedarf. Das Kommunalreferat wird im Rahmen einer konkreten Flächenbestellung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt zu prüfen, ob eine Flächenausweitung durch eine Flächennachverdichtung vermieden werden kann.
4. **Der Stadtratsantrag Nr. 20-26 / A 03374 der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 23.11.2022 ist bezüglich des Gliederungspunktes eins des Antrags damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.**
5. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 23.11.2022

Das Planungsreferat fit für die Zukunft machen

Antrag

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, dem Stadtrat für das kommende Jahr eine Planung vorzulegen, wie wesentliche Aufgaben für die kommenden Jahre gesichert werden können.

Dazu gehört:

- eine Sicherung des Personalstands der Lokalbaukommission mit dem Ziel einer zügigen Bearbeitung von Bauanträgen sowie einer verbesserten Beratung von Bauantragstellenden
- eine Umsetzung der gesetzlichen Möglichkeiten des sektoralen Bebauungsplans mit dem Ziel, mehr geförderte Wohnungen für München zu sichern
- eine schnellere Bearbeitung aller Notwendigkeiten innerhalb des Schulbauprogramms der LH München sowie aller notwendigen Planungen insbesondere für die notwendige soziale Infrastruktur auf städtischen Flächen
- sowie aller planerischen Aufgaben in der Sanierung insbesondere der Bestände der städtischen Wohnungsbaugesellschaften.

Begründung

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung ist gefordert, zum einen die Notwendigkeiten und Bedarfe der Münchnerinnen und Münchner beschleunigt abzubilden und umzusetzen. Dazu zählen vor allem der Wohnraumbedarf, aber auch die schulische und soziale Infrastruktur sowie die (insbesondere energetische) Sanierung nicht nur der städtischen Bestände.

Zudem haben sich eine Zahl von sinnvollen und schwierigen Veränderungen in der Gesetzgebung von Bund und Land ergeben, die dringend im Personal des Referats abgebildet und fachlich mit der entsprechenden Tiefe bearbeitet werden müssen: So ist der sektorale Bebauungsplan ein hervorragendes Instrument zur Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus. In der Lokalbaukommission müssen hingegen die Gesetzesänderungen des Freistaats (wie die Genehmigungsfiktion) trotz ihrer gegenläufigen Sinnlosigkeit auch in München so bearbeitet werden, dass der Wohnungsbau und alle anderen Bauvorhaben darunter nicht leiden.

Mit diesem Programm soll ein deutliches Zeichen zugunsten der notwendigen Bauvorhaben für die Münchnerinnen und Münchner gesetzt werden.

gez.

Christian Müller
Simone Burger
Christian Köning
Kathrin Abele
Andreas Schuster
Micky Wenngatz

Christian Smolka
Beppo Brem
Florian Schönemann

SPD/Volt-Fraktion

Fraktion Die Grünen - Rosa Liste